

Christian Huber
Schubertstrasse 11
9008 St. Gallen

An den Stadtrat
Rathaus
9001 St. Gallen

StP	SK	RL
DIF	KF	FK
1.3. Juni 2018		
Zuweisung SK		
Kopie Vis 13.6.		



St. Gallen, 12. Juni 2018

Einfache Anfrage: Einsatz der Stadtpolizei an der Kundgebung „Smash little WEF“

Am 28. April 2018 fand in der Innenstadt die von der Polizei bewilligte Demonstration „Smash little WEF“ statt, die sich kritisch mit dem St. Galler Symposium auseinandersetzt. Es war dies die fünfte Kundgebung gegen die Veranstaltung an der HSG, welche jährlich Anfang Mai stattfindet. Wie auch in den vergangenen Jahren, in welchen eine Intervention seitens der Polizei nie nötig wurde, verlief auch in diesem Frühling die von einem Bündnis von Privatpersonen organisierte Protestaktion absolut friedlich und ohne Zwischenfälle. Die Anzahl der Teilnehmenden verschiedensten Alters und Herkunft bewegen sich seit 2014 jeweils zwischen 100 - 300 Personen.

Obwohl zwischen den Mitorganisator_innen und der Polizei stets ein guter Austausch herrscht, werden die Demonstrationen jedes Jahr von einem massiven Aufgebot der Polizei begleitet. Neben uniformierten Polizisten sind zahlreiche Beamte in Zivil, behelmte Polizisten und Gitterwägen vor Ort oder nahe der Demonstration positioniert. In den letzten fünf Jahren kann sogar eine Entwicklung zu einer repressiveren Gangart seitens der Polizei beobachtet werden, welche die Versammlungsfreiheit in Frage stellt. Auch in diesem Jahr belief sich die Anzahl sichtbar anwesender Beamter bei ca. 120 Demonstrationsteilnehmenden auf geschätzt rund die Hälfte der an der Demo beteiligten Personen. Einen Zusammenhang zwischen Aktionen, die in den vergangenen Jahren von der Polizei als problematisch eingestuft werden könnten - etwa das Anbringen von Graffiti an der HSG oder das Plakatieren von Demonstrationsaufrufen - und der Demonstration selber konnte nicht hergestellt werden.¹

Aus dieser geschilderten Lage ergeben sich für mich folgende Fragen:

- Wie gross war das Aufgebot an Polizei-Einsatzkräften (inklusive Personen aus dem Korps des Ostschweizer Polizeikonkordats) an der Kundgebung 2018 und wie wird dieses begründet?
- Steht der Polizei-Einsatz im Vergleich zur relativ kleinen Demonstration im Verhältnis? Wenn ja, weshalb?
- Wie hoch war der finanzielle Gesamtaufwand des Polizeieinsatzes (Vor- und Nachbearbeitung, Instruktionen, Bereitschaft) und wie hat sich dieser im Vergleich mit den vergangenen Jahren 2017 und 2016 entwickelt?
- Was geschieht mit dem an der Demonstration dokumentierten Bild- und Videomaterial und welche Geräte werden zur Aufnahme benützt? Falls private Handys eingesetzt werden, wie wird sichergestellt, dass die Aufnahmen nicht für andere Zwecke missbraucht werden können?
- Ist es richtig, dass es in der Stadt St. Gallen keine Solidarhaftung gibt, also Demonstrationsorganisator_innen nicht für strafbare Handlungen oder daraus entstehende Kosten verantwortlich gemacht werden können?

Besten Dank für die Bearbeitung der Anfrage.

Christian Huber

Christian Huber,
Stadtparlamentarier Junge Grüne

¹ Siehe dazu: St. Galler Tagblatt: Freispruch auf der ganzen Linie, 03.11.2016. [<https://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen-gossau-rorschach/stgallen-freispruch-auf-der-ganzen-linie-ld.377408>].